

Nr. 13 – Dezember 1980 / Verantwortlich: Detlef Hengelbrock / Rainer Korte / Rainer Krieger / Uwe Spille / Reinhold Thiede / Michael Wiek /

Anschrift: R. Thiede jun., Am Sundern 7, Georgsmarienhütte, Tel. (05409) 1487

Auflage: 150 Exemplare

Preis: 50 Pfg.

Abrissbagger auf dem Rückzug

In dieser Zeitung wird oft Kritik an Rat und Verwaltung unserer Stadt geübt. Deshalb wurden wir auch schon so manches Mal gefragt, ob wir denn immer nur kritisieren und 'miesmachen' könnten. Wir können dann immer nur antworten, daß wir ja liebend gern über positive Ansätze in Gmhütte berichten würden – nur ist da leider nicht viel zu berichten.

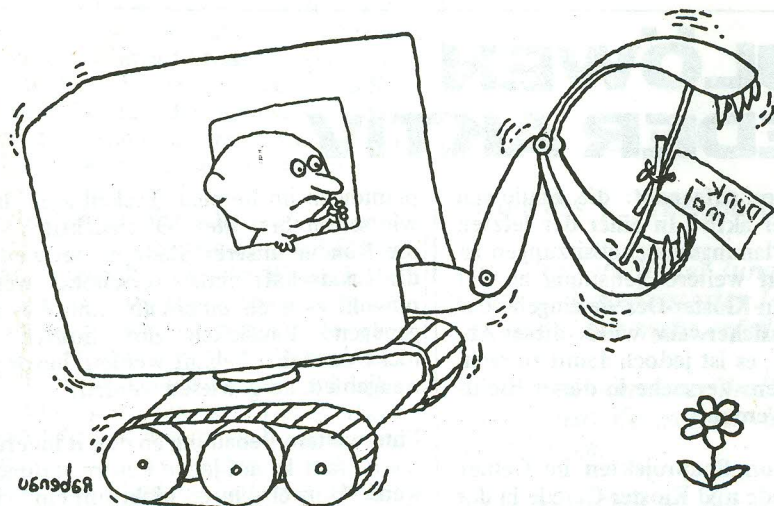
Eine Ausnahme ist zur Zeit aber im Bereich der Kulturabteilung und des Kulturausschusses zu bemerken. Dort sind nämlich Aktivitäten im Gange, die die Sicherung von Natur-, Bau- und Industriedenkmalern zum Ziele haben. Eine sehr gute Sache, wo doch in Gmhütte sonst Abrissbagger und Straßenbaugeräte dominieren.

Wer Denkmäler jeglicher Art kennt, sollte diese der Kulturabteilung der Stadt mitteilen, damit solche Vorschläge in die Diskus-

sion eingehen. Am Schluß dieser Diskussion soll eine Liste mit den Objekten stehen, die unter den Denkmalschutz fallen sollen.

Unseres Erachtens kommt es nicht in erster Linie darauf an, möglichst alte Objekte zu Denkmälern zu erheben, sozusagen mit den Jahrhunderten zu protzen. Es sollten vielmehr Gegenstände, Bauten usw. unter Denkmalschutz gestellt werden, die eine ideelle Bedeutung für einzelne Stadtteile, Straßen oder Bevölkerungsgruppen haben. Außerdem sollten zunächst Objekte berücksichtigt werden, deren Existenz in nächster Zukunft bedroht ist.

Es bleibt nur zu hoffen, daß diese lobenswerten Aktivitäten von Kultutabteilung und Kulturausschuß die nötige Unterstützung erhalten und möglichst bald zu greifbaren Ergebnissen führen.



Viel länger als sonst hat es diesmal gedauert, bis wir diese neue Nummer der ZdJ fertig hatten. Die Sommerpause und der sofort danach beginnende Bundestagswahl-

kampf haben ein früheres Erscheinen unmöglich gemacht – Entschuldigung.

In dieser Nummer haben wir uns fast ausschließlich auf die Kommunalpolitik konzentriert, vielleicht wirft die Kommunalwahl im nächsten Jahr ihre Schatten schon voraus. Zur besseren Information über kommunalpolitische Probleme führen wir in den kommenden Monaten mehrere Diskussionen mit Vertretern der SPD-Ratsfraktion, die Termine findet man in dieser ZdJ. Selbstverständlich sind alle Genossen herzlich eingeladen!

Vielleicht ist dem interessierten Leser aufgefallen, daß im 'Kopf' dieser Nummer einige neue Namen auftauchen. Das ist typisch für den augenblicklichen Zustand unserer Juso-AG: Wir haben in den letzten Monaten mehr neue aktive Mitglieder hinzugewonnen als sonst in mehreren Jahren! Vielleicht kann das ein Anstoß für alle 'passiven' Genossen sein, auch mal vorbeizuschauen: Jeden Freitag treffen sich die Jusos um 19 Uhr in der Gaststätte Heuer in Dröper. Bis bald dann!

an allen Kiosken

Freie Presse

Presse Livre • Bar Bazar • Presse Livre

Kennen Sie schon die alternative Zeitung für Osnabrück und Umgebung? Alle 14 Tage Berichte, Meinungen und Kommentare aus Kommunalpolitik, Kultur, Betrieb und Gewerkschaften und der alternativen Szene

„...und nichts dazugelernt!“

Manchmal fragt man sich wirklich, ob Bürgerbeteiligung in der Kommunalpolitik überhaupt einen Sinn hat. Da haben interessierte Bürger seit Jahren sinnvolle Radwege für Georgsmarienhütte gefordert, da haben wir Jusos eine umfangreiche Unterschriftenliste gesammelt und den 'Stadtvätern' übergeben, die Reaktion der Stadt war jedoch gleich Null.

Zumindest die SPD-Fraktion im Stadtrat hat die Anregungen aus Partei und Bevölkerung schließlich aufgegriffen und in sicherlich mühevoller Kleinarbeit einen Radwegeplan erstellt, der die Wünsche vieler Gmhütter Bürger mit Erfahrungen aus Holland verbindet. In diesem Radwegeplan heißt es unter anderem:

„Als problematisch haben sich allenthalben die hochbordigen geplasterten Radfahrwege erwiesen, die nach empirischen Untersuchungen in Gmhütte von ca 80 - 90 % der radfahrenden Schüler nicht angenommen werden. (...) Die SPD-Fraktion schlägt daher vor, das Beispiel Holland zum Vorbild zu nehmen und neue Radfahrwege höhengleich mit den Fahrbahnen zu bauen und sie durch Grünstreifen von der Fahrbahn zu trennen. Die Oberfläche sollte mit einer Asphaltdecke versehen sein“

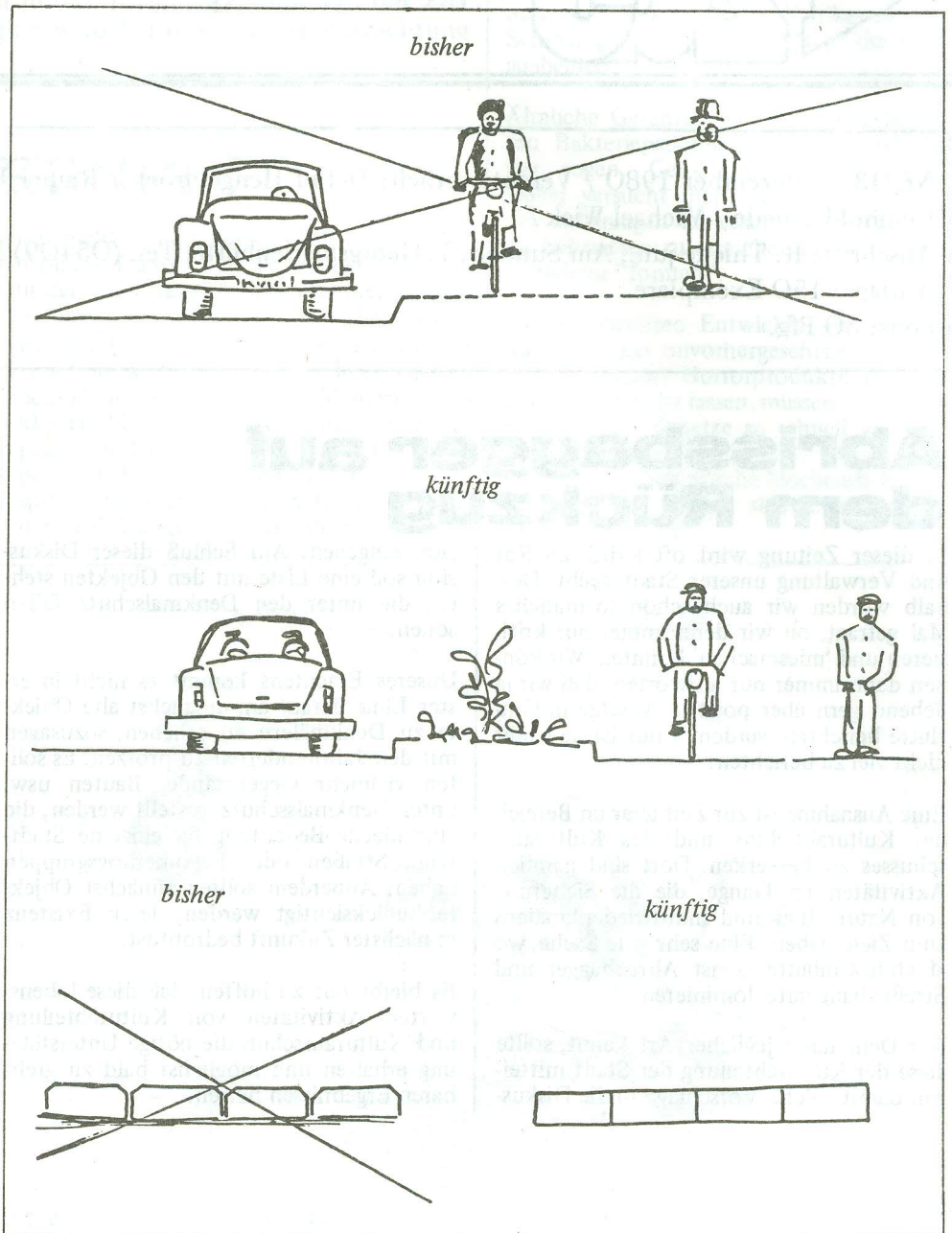
Was gemeint ist, verdeutlicht im Radwegeplan folgende Zeichnung.

Anscheinend haben die zuständigen Planer aber weder den Radwegeplan der SPD noch die entsprechende Zeichnung zu Augen bekommen. Denn ausgerechnet an der L 95 (Klößnerstraße) die zum Schulzentrum Gmhütte führt, die also von vielen hundert Schülern jeden Morgen und Mittag benutzt wird, baut man jetzt Radwege, die von der Mehrzahl der Schüler nicht angenommen werden. Der zuständige Beamte hat offensichtlich noch nie auf einem Fahrrad gesessen, sonst hätte er derartig unsinnig angelegte Radwege nicht im Ernst planen können.

Das kommunalpolitische Engagement der Bürger, die Arbeit der SPD-Fraktion; alles das hat, so scheint es dem Betrachter, keinerlei Einfluß auf die reale Kommunalpolitik in unserer Stadt.

So mancher wird nun einwenden, daß die Planung des Ausbaus der L 95 eine Sache des Landes Niedersachsen sei und daß somit die "Stadtväter" auf die Gestaltung der Radwege keine Einfluß gehabt hätten. Ganz sicher hat das Land den Ausbau der L 95 aber nicht geplant, ohne zuvor Vertreter der Stadt anzuhören. Vielleicht hätte es nur eines Anstoßes von Seiten der Stadt bedurft um die in dem Radwegeplan der SPD dargestellte vernünftige Konzeption beim Land durchzusetzen; daß so etwas möglich ist, zeigten viele Beispiele im Landkreis (Hilter, Hasbergen...).

Wenn unser Bürgermeister auch zum frischgebackenen Showstar auserkoren wurde, sollte er doch in den höheren Gefilden des Showgeschäfts die Anliegen der Gmhütter Bevölkerung nicht vergessen!



BAULÖWEN WIEDER AKTIV

Umweltschützer aufgepaßt: die Baulöwen werden wieder aktiv! In einer der letzten öffentlichen Planungsausschußsitzungen ist ein Antrag auf weitere Bebauung an der Hohen Linde in Kloster-Oesede eingebracht worden. Glücklicherweise wurde dieser Antrag abgelehnt, es ist jedoch damit zu rechnen, daß weitere Versuche in dieser Richtung erfolgen werden!

So ist auch von Bauprojekten im Gebiet zwischen Oesede und Kloster-Oesede in der Bevölkerung die Rede gewesen, über Bau-

planungen im Bereich 'Teckelhagen' haben wir schon berichtet. Offensichtlich sollen die Ränder unserer Stadt immer weiter in die Landschaft hinaus verschoben werden, obwohl es auch innerhalb Gmhüttes noch genügend Baulücken gibt! Sollten diese nicht zunächst bebaut werden, bevor neue Baugebiete ausgewiesen werden!

Eine weitere Bebauung an den Rändern unserer Stadt ist auf jeden Fall zu verhindern, wenn 'Umweltschutz' nicht nur ein Schlagwort sein soll.

Radfahrer und Fußgänger in Georgsmarienhütte:

Keine Chance

Die SPD-Fraktion, die SPD-Oesede und einzelne Genossen haben in den letzten Jahren zahlreiche Anträge bezüglich der Verkehrssicherheit in Gmhütte gestellt. Diese sind praktisch samt und sonders abgelehnt worden, was auch nicht weiter überrascht, da in dieser Stadt trotz gegenwärtiger Beteuerungen eine rein Auto-bezogene Verkehrsplanung betrieben wird. Wir haben in dieser Zeitung häufig genug darauf hingewiesen.

Beschämend wird dieses ewige Abblocken, wenn man z.B. den Komplex "Verkehrsberuhigung" nimmt. Da haben wir Jusos im Herbst 1978 (!!) Informationen über Delft

in die Öffentlichkeit gebracht, haben die Diskussion angekurbelt, die Stadt zeigte sich "interessiert", und was ist anschließend geschehen: NICHTS!

Die Stadt Osnabrück hat geradezu vorbildlich demonstriert, wie man ohne großen Kostenaufwand in kurzer Zeit ein umfassendes Verkehrsberuhigungskonzept erstellen kann (nebenbei: dort "regieren" Sozialdemokraten). Ist so etwas bei uns nicht möglich? Warum?

Einige Beispiele für die skandalöse Behandlung von Fußgängern und Radfahrern in Georgsmarienhütte:

(1) Völlige Vorfahrt der Autos in sämtlichen Wohngebieten. (Durch alle Wohngebiete in Gmhütte führen Vorfahrtstraßen).

(2) Ablehnung von Sicherungsmaßnahmen vor den Schulen durch die Stadt.

(3) Weiterbau der völlig unsinnig angelegten Radfahrwege z.B. an der L 95 (dazu mehr im Artikel "... und nichts dazuge-lernt!")

(4) Ablehnung von geschwindigkeitsreduzierenden Maßnahmen und Fußgängerüberwegen an der Wellendorfer Straße in Dröper.

(5) Noch immer keine Temporeduzierung auf der B 51 am Harderberg!

Wie gesagt, dies sind nur ein paar besonders auffällige Beispiele, die Liste könnte beliebig verlängert werden.

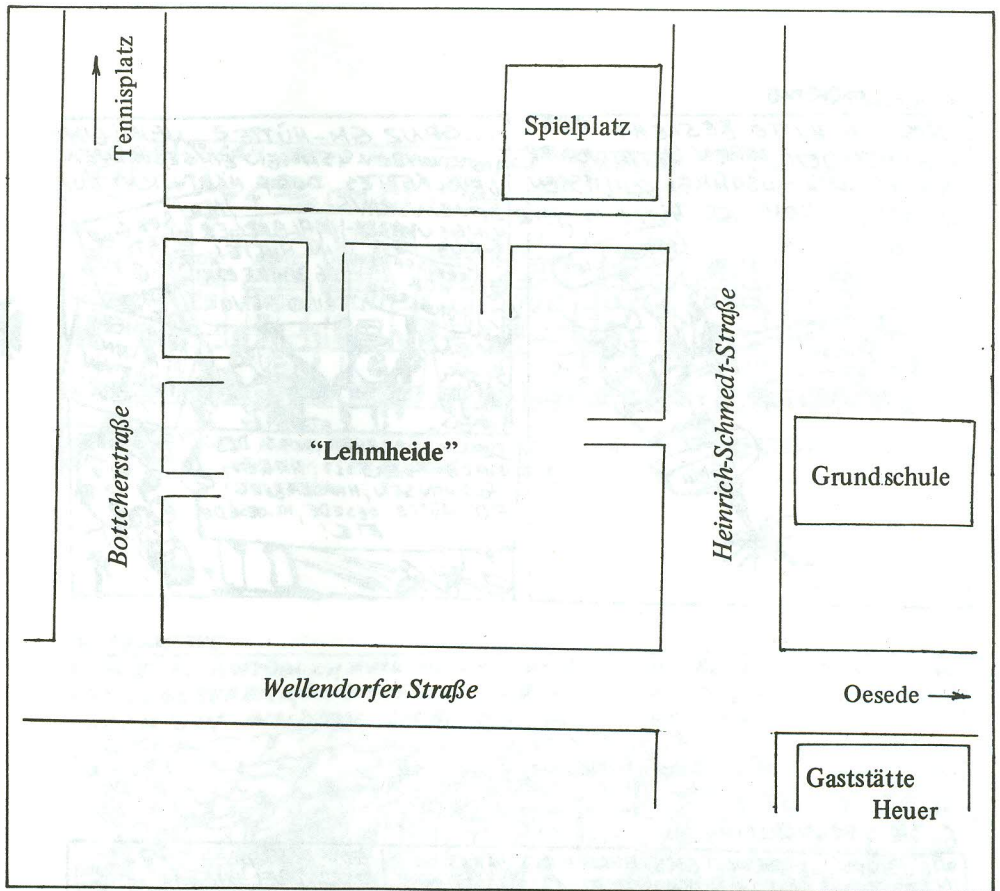
Fazit: Im Straßenbau, da sind sie fix, für Kinder, Fußgänger und Radfahrer tun sie nix!!!

Vorfahrt für KINDER!!

Die Verkehrssituation in Gmhütte-Dröper erfordert eine dringende Verbesserung. Dies soll in diesem Artikel an einem von vielen möglichen Beispielen verdeutlicht werden, der Heinrich-Schmedt-Straße. An dieser Straße befinden sich zum einen die Grundschule (auf diese Schule gehen Kinder, die nicht älter als 10 Jahre sind!) und zum anderen ein Kinderspielplatz.

In den letzten Jahren ist in Dröper auf der "Lehmheide" eine neue Siedlung entstanden. Ursprünglich war geplant, daß der Verkehr zu/von dieser Siedlung über die Böttcherstraße fließen sollte, die deshalb auch als Vorfahrtsstraße ausgeschildert wurde. Es zeigte sich aber, daß die Bewohner der Siedlung und zum Teil auch die Mitglieder des Tennisclubs Oesede kaum die Böttcherstraße benutzen, sondern für einen sehr lebhaften Verkehr auf der Heinrich-Schmedt-Straße sorgen. Dieser starke Verkehr ist aber eine ständige Gefahrenquelle für die Kinder, die täglich an der Straße spielen oder über sie zur Schule bzw. zum Spielplatz gehen.

Angesichts dieser Tatsache wäre es wünschenswert, die Heinrich-Schmedt-Straße von der Einmündung in die Wellendorfer Straße bis zur Böttcherstraße zur Anlieger- oder Spielstraße zu machen. Es wäre auch zu überlegen, ob nicht Maßnahmen getroffen werden sollten, die schnelles Fahren unmöglich machen. Der Verkehr wird somit die ihm ursprünglich zugedachte Richtung in die Böttcherstraße nehmen, auch hier ist allerdings auf eine strikte Einhaltung der Geschwindigkeitsbeschränkung zu achten!



Personelles Personelles Personelles . . . Personelles Personelles

Neue Vertreterin der Jungsozialisten im Stadtjugendring ist Beate Dröge. Der bisherige Juso-Vertreter Johannes Börger kann diese Aufgabe aus beruflichen Gründen nicht mehr erfüllen.

Neuer Juso-Vertreter im Parteivorstand des SPD-Ortsvereins ist Klaus Hengelbrock, Juso-Vertreterin beim Parteivorstand des Stadtbezirkes Oesede ist Beate Dröge.

Robin Morrison ist seit einiger Zeit neben Hermann Raufhake stellvertretender Vorsitzender des Ortsvereins Georgsmarienhütte der SPD.

In den letzten Nummern haben wir bereits bitter über den sogenannten "Gm-Hütte-Stadtfilm" geklagt. Genau wie wir halten offensichtlich viele Bürger wenig von diesem unrealistischen Werbefilmchen.

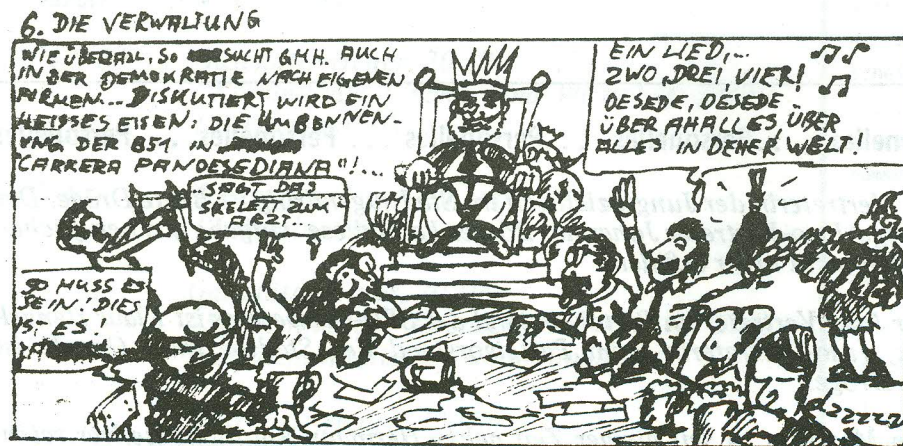
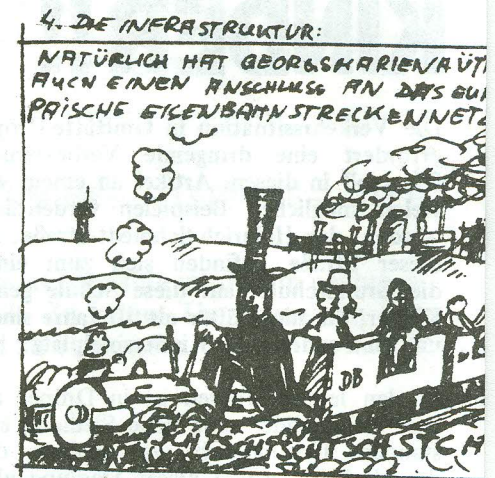
In der Schülerzeitung des Gymnasiums, genannt "HADES" fanden wir den folgenden Vorschlag für einen realistischen Stadtfilm.

Wir drucken davon Auszüge:

GMHÜTTE, wie es WIRKLICH ist!

DER ANTI-GM-HÜTTE-STADTFILM-COMIC!

IDEEN: MICHAEL MENKE GRAPHISCHE GESTALTUNG: RALFGILSMAYER



1. TRUG SICH IM 7AHRE
ES ZU...
TRES, QUATTRO!
ESICHTS DER QUALMENDEN
HÜTTE...
NI, VIDI, FUGI!
HIERAUF WURDES
HERRN VARUS ÜBEL, ER
FIEL TOT UM UND AUSSER-
TE SEINEN BERÜHMTEN
AUSSPRUCH:
"DOMUM VOLO!"
(ICH WILL NACH HAUSE!)

5 ZWO DREI VIER
KAM, SAH, UNDFLÜCHTE!

2. DER GEORGSMARIEN HÜTTER:

HIER WOHNTE EIN MENSCHEN SCHLAG! HEIMATVERBUNDEN,
RÜCKSTÄNDIG, SPIEBIG, UNWICHTIG, NICHT DER REDE WERT...



5. WOHNEN IN G.M.-HÜTTE; INDIVIDUELLES WOHNEN IM HAKENESCH-
FELD...



ALS GOTT DAS HAKENESCHFELD SAH, DREHTE ER SICH NICHT MEHR UM, UM
BITTERLICH ZU WEINEN, ... ER SCHICKTE GLEICH DIE SINT PLUT!



8. INDUSTRIE

...GIBT ES NATÜRLICH AUCH IN G.M.-HÜTTE. DOMINIEREND IN AUSDEHNUNG,
EINZUGSBEREICH, GIFTAUSSTOSS UND GESTANK IST DAS KLÖCKNER-
WERK VON INSIDERN LIEBEVOLL "KLÖCKI" GENANNT!



ABER ES GIBT AUCH NOCH DAS "INDUSTRIE ODDIET HARDER BERG"
... SEHR WEITLÄUFIG ANGELEGT, MAN TRIFFT NUR SELTEN EINEN
MENSCHEN INNERHALB DER GEBÄUDE AN...



Auf der nächsten Seite
geht's weiter →



9. INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN



Wie gesagt, dies sind nur Auszüge des Comic! Wer an dem Gesamtwerk interessiert ist, der schreibe uns. Wir vermitteln ihn gern an die Schülerzeitungsredaktion weiter!

TERMINE---TERMINE---TERMINE---TERMINE---TERMINE---TERMINE---TER

In den kommenden Monaten planen wir im Hinblick auf die Vorbereitung des Kommunalwahlkampfes im nächsten Jahr Informationsveranstaltungen zu verschiedenen Bereichen kommunaler Politik. Zu jedem Thema werden Experten aus der SPD-Ratshausfraktion eingeladen um Informationen aus erster Hand zu vermitteln.

Die Termine im einzelnen:

- 28. 11. 80 Gaststätte Heuer, 20 Uhr
"Kommunale Sozialpolitik / Krankenhauspolitik / Ausländerpolitik"
- 5. 12. 80 Gaststätte Heuer, 20 Uhr
"Straßenbau / Verkehrsplanung / Umwelt / Bauplanung"
- 19. 12. 80 Gaststätte Heuer, 20 Uhr
"Kommunale Finanz- und Wirtschaftspolitik / Personalpolitik"
- 9. 1. 81 Gaststätte Heuer, 20 Uhr
"Jugendpolitik"
- 24. 1. 81 Gaststätte Heuer, 20 Uhr
"Möglichkeiten, Grenzen, Alternative Ziele sozialdemokratischer Kommunalpolitik"
- 20. 2. 81 Gaststätte Heuer, 20 Uhr
"Frauen und Kommunalpolitik"

ZdJ abonnieren !!

Leider haben wir bislang erst sehr wenige Abonnenten für die ZdJ gefunden. Deshalb unsere erneute Bitte: wer diese Zeitung für sinnvoll hält, möge uns durch ein Abo unterstützen! Wir brauchen die Abos für ein langfristiges Erscheinen, da nur so die Finanzierung zu sichern ist!

.....

Hiermit abonniere ich die 6x im Jahr (plus 1 Sondernummer) erscheinende ZdJ für DM im Jahr, ab Nr

N a m e:

Strasse:

Ort:

Datum/Unterschrift: _____

+*) Mindestbetrag pro Jahr DM 5,-!

Moschee ja - Faschismus nein!

Ein schleichendes Gift verbreitete sich in Georgsmarienhütte, eine Haltung macht sich breit, die man nach der spektakulären Aufnahme von Vietnamflüchtlingen gerade in unserer Stadt nicht erwartet hätte: zunehmend kann eine Ablehnung ausländischer Mitbürger beobachtet werden. Deutlich wird das im Hick-Hack um die geplante neue Moschee der Türken, aber auch in vielen Gesprächen mit der deutschen Bevölkerung. Selbst aus dem Jugendzentrum werden neuerdings Berichte von Auseinandersetzungen zwischen deutschen und ausländischen Jugendlichen laut.

Für Sozialisten sollte grundsätzlich klar sein, daß sie sich für die Belange benachteiligter Mitbürger, gleich welcher Nationalität, einzusetzen haben. Gerade im Hinblick auf die geplante Moschee geraten wir aber in eine äußerst zwiespältige Lage. Zum einen ist es selbstverständlich, daß jeder Einwohner der Bundesrepublik das Recht auf freie Religionsausübung haben muß, mithin auch in GM-Hütte lebende Türken ein Anrecht darauf haben, ihrer Religion zu folgen. Wenn dabei das Bedürfnis nach Gebets- und Gemeinderäumen bei einer großen Zahl von ihnen aufkommt, dann haben sie auch das Recht, diese einzurichten.

Andererseits ist in sehr vielen Moscheen in Städten der Bundesrepublik eine extrem rechte und militante Gesinnung vorherrschend, z.T. sind die religiösen Gruppen nichts weiter als Tarnorganisationen faschistischer Gruppen wie der "Grauen Wölfe". Auf das Konto dieser Vereinigung gehen in der Bundesrepublik bereits mehrere Morde! an Andersgesinnten! Daneben gibt es auch sich "religiös" nennende islamische

Sekten, die unter dem Vorwand religiöser Arbeit Kinder schon im Grundschulalter mit ihrer gefährlichen Ideologie infizieren. Diese Sekten - z.B. die in der Türkei verbotene, bei uns aber sehr verbreitete Süleimanlilar-Sekte - streben ein großes "islamisches Reich" an, halten die Juden für den Grund allen Übels in der Welt und wollen jede Integration der Gastarbeiter in Deutschland verhindern.

Wie gesagt, wir Sozialisten befinden uns hier in einem echten Zwiespalt. Einerseits können wir den Wunsch der türkischen Mitbürger nach einer Stätte zu gemeinsamen Treffen und zur Religionsausübung nur voll unterstützen. Einwände, etwa der, daß diese Moschee nicht in Wohngebieten der Deutschen stehen sollte, halten wir für unzulässig. Schließlich stehen auch christliche Kirchen mitten in Wohngebieten und wer für die Integration der Ausländer ist, kann sich nicht beschweren, wenn diese sich in seiner unmittelbaren Nachbarschaft sehen lassen.

Andererseits können wir aber nicht zulassen, daß sich unter dem Deckmantel "Reli-

gion" eine rechtsradikale Strömung in der BRD ausbreitet oder daß religiöse Fanatiker, die selbst in ihrer Heimat als Gefahr für die Gesellschaft angesehen und darum verboten werden, bei uns Fuß fassen und Einfluß auf türkische Kinder und Jugendliche gewinnen.

Stadt und Parteien tun also gut daran, sich zunächst über den Hintergrund der hiesigen türkischen Gemeinden gründlichst zu informieren. Sollte sich dabei herausstellen, daß hinter dem Wunsch nach einem Gemeindezentrum wirklich ausschließlich religiöse Gründe stehen, dann sollte dieser Wunsch unterstützt werden. Kleinliche Gegenargumente sind dann unangebracht. Ergeben sich aber berechtigte Zweifel an dem Anliegen der Moscheebetreiber, dann sollte man sich überlegen, wie der Einfluß radikaler religiöser oder faschistischer Gruppen verringert werden kann.

Auf jeden Fall sollte die Stadt sich Gedanken machen, was man für die nicht-religiösen Türken tun kann, schließlich sind bei weitem nicht alle Türken strenge Mohammedaner. Haben nicht auch diese ein Recht auf ein Begegnungszentrum, in dem sie ihre Freizeit verbringen können? Hier bietet sich ein Ansatzpunkt, die Beeinflussung der Menschen durch fanatische religiöse oder faschistische Gruppen zu unterlaufen. Oftmals sind es doch allein diese extremen Gruppen, die sich um die Freizeitgestaltung der hier lebenden Türken bemühen und sie so für ihre Ideen aufnahmebereit machen!

Wenn wir es ernst meinen mit dem Schlagwort "Integration der Ausländer", dann müssen wir hier ansetzen. Viel Zeit bleibt nicht mehr.

den Bau eine heute noch weitgehend intakte Umwelt gefährdet wäre, und daß die Notwendigkeit einer neuen Autobahnverbindung Osnabrück - Paderborn keinesfalls gesichert sei. Die Autobahn wurde schließlich vor mehr als 10 Jahren geplant, was damals sinnvoll erschien, kann heute von der Wirklichkeit (Ölkrise, Nullwachstum, Umweltbewußtsein, öffentliche Sparprogramme) längst überholt worden sein. Da die NOZ nun nicht gerade voller Sozialisten und Umweltschützer steckt, könnte dieser Artikel sehr wohl einen in der breiten Öffentlichkeit einsetzenden Umdenkprozeß anzeigen.

Wie dem auch sei, ziemlich sicher ist, daß in nächster Zeit erst einmal mit dem Bau begonnen werden wird. Daß die A 33 bis Kloster Oesede gebaut wird, ist wohl kaum zu verhindern. Wie es allerdings danach aussieht, weiß niemand. Es ist gut möglich, daß der Bau dann gestoppt wird, sei es, weil die Finanzierung nicht gesichert ist oder die Politiker aus Angst um Wählerstimmen ihre Meinung ändern, sei es, weil ein Gericht eine entsprechende Entscheidung fällt.

Die Entscheidung für den Bau ist noch zu revidieren, noch ist es nicht zu spät, gegen diese Autobahnplanung von vorgestern anzugehen.

Die A 33 wird nicht gebaut! (?)

So oder ähnlich könnte durchaus in einiger Zeit eine Schlagzeile der NOZ lauten.

Die Autobahn A 33 von Osnabrück über Bielefeld nach Paderborn wird ja seit Jahren von den Planern als unumgänglich hingestellt, ebenso lange sind auch überall entlang der geplanten Trasse Bürgerinitiativen gegen den Bau aktiv. Die Befürworter der Autobahn begründen ihr Vorhaben damit, daß die B 68 den zunehmenden Verkehr in Zukunft nicht mehr fassen könne, daß für die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Raum eine solche Verkehrsverbindung nötig sei und daß schließlich die Einwohner der Städte und Gemeinden entlang der B 68 entlastet werden sollen. Die Gegner führen dagegen an, daß mit zunehmendem Verkehr in Zukunft kaum mehr gerechnet werden könne, daß die Entlastung der von der B 68 durchschnittenen Orte ebenso gut durch Ortsumgehungen möglich (und billiger!) sei, und daß schließlich eine neue Autobahn wenige hundert Meter von der soeben ausgebauten B 68 eine nicht wieder-gutzumachende Schädigung der Umwelt bedeute.

Nachdem die Bürgerinitiativen lange Zeit nur belächelt wurden, scheint sich jetzt eine Tendenzwelle anzudeuten. Zunächst sprachen sich F.D.P.-Politiker des betroffenen Gebietes gegen den Bau aus, dann beschlossen mehrere Gemeindeparlamente in Nordrhein-Westfalen, durch deren Gebiet die A 33 führen soll, eine Ablehnung des Projektes. Einige Gemeinden erwägen sogar juristische Schritte um den Bau abzuwenden. Die Folge war immerhin, daß der nordrheinwestfälische Teil der A 33 nicht die höchste Dringlichkeitsstufe zuerkannt bekam.

Im November 80 schließlich tat sich auch bei der Neuen Osnabrücker Zeitung einiges in Sachen A 33. Hatte man bisher entweder kommentarlos die Verlautbarungen der Autobahnplaner und der Baugegner veröffentlicht oder sogar milde darauf hingewiesen, daß der Bau ja schließlich von gewählten Volksvertretern beschlossen und daher bestimmt richtig sei, so veröffentlichte die NOZ jetzt plötzlich einen gänzlich anderen Artikel. Es wurde darauf hingewiesen, daß tatsächlich durch

In den vergangenen Jahren ist bei den Jusos (und auch in der SPD) sehr intensiv über die Gefahren der Atomenergie, über Umweltverschmutzung und über ökologische Fragen diskutiert worden.

Bei dieser wichtigen Diskussion sind jedoch leider einige gesellschaftliche Prozesse nicht ins Blickfeld geraten, die ebenso gefährliche Folgen heraufbeschwören können, wie die Atomkraft. Dazu gehören in erster Linie die Möglichkeiten der Gen-Manipulationen, das Vordringen der Mikroprozessoren und die 'neuen Medien'. Wir möchten in den folgenden Nummern der ZdJ auf diese Probleme eingehen, der Beginn wird heute mit einer Betrachtung der Gefahren der Biochemie gemacht.

Molekularbiologie

GEFAHR DER ZUKUNFT?

Bakterien, in immer größerem Maße als Arbeitstier des Menschen gezüchtet und eingesetzt, werden von einigen Wissenschaftlern als Weg in eine (natürlich bessere) Zukunft dargestellt. In eine Zukunft, in der die Bakterien für den Menschen "arbeiten". Mit dieser faszinierenden Vision versuchen Politiker wie Wissenschaftler die Gefahren außer Kontrolle geratener Bakterienstämme zu verdecken und spiegeln der Öffentlichkeit ein Wunschbild a la "Mondbasis Alpha" vor.

Ein nicht unwesentlicher Teil dieser "Ruhig-halte-Taktik", die verhindern soll, daß in der Öffentlichkeit über eventuelle Negativfolgen der Biochemie diskutiert wird, ist den Chemiekonzernen anzulasten, die ja schon wegen ein paar anderer Lächerlichkeiten (etwa winziger Mengen ungeklärter Säurebrühe in Flüssen, nur ein paar hunderttausend Tonnen) im Rampenlicht der Medien stehen. Die Konzernspitzen fürchten um einen Industriezweig, der irre Wachstums- und Profitraten ver-

spricht. Man möchte sich bedeckt halten, um nicht, wie die Atomlobby durch Ausposaunen der "tod"sicheren Technologie in das Bewußtsein der Bürger zu rücken. Sind erst einmal genügend Arbeitsplätze geschaffen (mit staatlichen Subventionen natürlich !), können die Kritiker sich am Scheinargument "Arbeitsplätze" die Zähne ausbeißen.

Ähnliche Gefahren wie von unkontrollierten Bakterienstämmen können auch von der sogen. Gen-Manipulation ausgehen. Dabei versucht man, durch Manipulation der Erbanlagen künstliche Veränderungen an Lebewesen zu erreichen Lebewesen biologisch zu "formen".

Um ungewollten Entwicklungen zuvorzukommen, um unvorhergesehene (oder bewußt erzeugte) Horrorprodukte gar nicht erst entstehen zu lassen, müssen

- (1) schärfste Gesetze so schnell wie möglich verabschiedet und
- (2) privatwirtschaftliche biochemische Forschungsstätten sofort staatlicher Aufsicht unterstellt werden.

Aus der Gerüchteküche :

Unser allseits beliebter Bürgermeister soll angeblich das Stephanswerk beauftragt haben, sich in Kanada nach einem Gelände für eine Ananasfarm umzuschauen. Will man den Gerüchten Glauben schenken, soll der Baubeginn Ende 1981 sein.....

Das mußte ja noch kommen!

Eigentlich wollten wir ja zur Bundestagswahl nichts mehr schreiben, es ist ja wohl auch schon genug 'rumanaly- siert worden.

Das überraschend gute Ergebnis der SPD in Georgsmarienhütte ließ uns aber keine Ruhe, hier ist es darum noch einmal schwarz auf weiß:



| | Bundestag 1976 | Landtag 1978 | Europawahl 1979 | Bundestag 1980 |
|------------------------|-------------------|-----------------|--------------------|-------------------|
| Alt-Gmhütte/Holzhausen | | | | |
| CDU | 47,1 | 51,9 | 47,8 | 39,9 |
| SPD | 46,8 | 41,6 | 45,6 | 49,1 |
| F.D.P. | 5,7 | 2,6 | 3,1 | 9,4 |
| Oesede | | | | |
| CDU | 50,8 | 56,4 | 51,4 | 43,9 |
| SPD | 44,1 | 36,8 | 40,9 | 45,6 |
| F.D.P. | 4,6 | 2,4 | 3,4 | 8,7 |
| Kl.Oesede/Harderberg | | | | |
| CDU | 63,4 | 66,8 | 63,1 | 55,7 |
| SPD | 32,0 | 27,1 | 31,3 | 35,2 |
| F.D.P. | 4,4 | 1,9 | 2,3 | 7,3 |
| Stadt GM-Hütte | | | | |
| CDU | 53,3 | 58,1 | 53,3 | 46,0 |
| SPD | 41,2 | 35,3 | 39,5 | 43,8 |
| F.D.P. | 5,1 | 2,4 | 3,1 | 8,5 |

